

Atomwirtschaft

Die Kapazität der deutschen Urananreicherungsanlage in Gronau soll um 150 Prozent erhöht werden

„Strahlend fährt der Tod durchs Land. Stoppt die Uranfabrik Gronau!“ Das stand auf dem Transparent, das AktivistInnen der Umweltschutzorganisation Robin Wood am 7. Juli 2003 auf dem Gelände der nordrhein-westfälischen Landesgartenschau über Bahngleise spannten, über die üblicherweise die Waggonen mit strahlendem, stark giftigem Uran in die Uranfabrik Gronau rollen.

Mit der Aktion protestierten die UmweltschützerInnen anlässlich des am folgenden Tag im Örtchen Legden beginnenden Erörterungstermins gegen die trotz „Atomausstieg“ geplante Kapazitätserweiterung der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage (UAA) und den Neubau eines „Zwischenlagers“ für gigantische 60.000 Tonnen Uranoxid neben der UAA. Dem Energieministerium im rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen liegen rund 7.000 Einwendungen vor. Legden ist 30 Kilometer von Gronau entfernt.

260 Bahnwaggons oder 750 Lkws rollen jährlich mit Uranhexafluorid beladen durch das Gronauer Stadtgebiet. Ziel ist die Urananreicherungsanlage der Firma Urenco. Schon jetzt reicht die Kapazität der Atomfabrik aus, um 14 Atomkraftwerke mit Brennstoff zu versorgen. Doch die Urenco plant eine Erweiterung der Atomfabrik um das Anderthalbfache. Dies hätte zur Folge, daß jährlich bis zu 840 Bahnwaggons oder 2.770 Lkws mit Uran beladen durch die Gronauer Innenstadt rollen würden. Zusätzlich zum Zwischenlager soll auch noch mehr Uranhexafluorid in Fäs-

sern unter freiem Himmel gelagert werden.

Betreiberin der UAA Gronau ist ein Firmenkonsortium der Urenco GmbH und der Uranit GmbH. Uranit mit Sitz in Jülich ist die Muttergesellschaft der Urenco Deutschland und gleichzeitig Tochtergesellschaft der beiden größten deutschen Atomriesen RWE Energie und der E.ON Kernkraft GmbH.

„Uranhexafluorid ist in höchstem Maße giftig“, erklärt Bettina Dannheim, Energiereferentin von Robin Wood. „Doch trotz der bekannten Gefahren wird das Uran in einfachen Behältern ohne Schutzhülle durch dicht besiedelte Gebiete transportiert. Das verstößt gegen die Empfehlungen der Internationalen Atomenergie Behörde. Bei einem schweren Transportunfall wären die Folgen katastrophal. Die Art und Weise, in der die Urenco diese Gefahren herunterspielt, ist Ausdruck der nachlässigen Gefahrenvorsorge und Unzuverlässigkeit des Betreibers.“

Die gesundheitlichen Gefahren, die sich für die Bevölkerung durch den Betrieb der Atomanlage ergeben, nimmt die Urenco offenbar nicht ernst. So werden in der Umgebung des UAA-Geländes die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung nicht eingehalten. Das gibt die Urenco in ihrem Sicherheitsbericht selbst zu. Zusätzlich zur erhöhten Strahlenbelastung im Normalbetrieb kommen immense gesundheitliche Risiken, etwa durch Transportunfälle, Blitzschlag und Brände in der Anlage sowie unfallbedingte oder gezielte Flugzeug-

abstürze, fürchtet Robin Wood und drängt auf eine Schließung der Anlage. Ein Ausbau der Atomfabrik sei mit dem von der rot-grünen Bundesregierung gesetzlich geregelten Atomausstieg nicht vereinbar. Die Erweiterung der Anlage würde dazu führen, daß von Gronau aus 34 Atomkraftwerke auf der ganzen Welt mit Brennstoff versorgt werden könnten. Wer in Deutschland aus der Atomenergie aussteigen wolle, dürfe auch den Ausbau und Weiterbetrieb von Atomkraftwerken in anderen Ländern nicht sichern. Mit dem geplanten Ausbau der UAA in Gronau werde eine Hintertür für den dauerhaften Weiterbetrieb von Atomanlagen in Deutschland geöffnet. Es könne auch nicht ausgeschlossen werden, daß abgereichertes Uran, das in Gronau als Abfall anfällt, später zur Herstellung von Uranmunition verwandt werde. ●

Tschernobyl-Folgen

Der Strontium-Fallout korreliert mit der frühen Säuglingssterblichkeit um Tschernobyl

Der Strontium-Effekt überragt den Cäsium-Effekt um das Zehnfache

Die frühe Säuglingssterblichkeit (perinatale Mortalität) in den ukrainischen und weißrussischen Gebieten um Tschernobyl nahm 1987, dem Jahr nach dem Reaktorunglück, zu. Für das selbe Jahr wurde auch die Zunahme der frühen Säuglingssterblichkeit in Deutschland und Polen untersucht, wobei sich der Effekt der Cäsiumbelastung schwangerer Frauen zuordnen ließ. Nach 1989 gab es in Weißrußland und in der Ukraine ei-

nen zweiten unvermuteten Anstieg der frühen Säuglingssterblichkeit. Für diesen erneuten Anstieg läßt sich eine zufriedenstellende Beziehung zur Strontiumbelastung schwangerer Frauen herstellen. Das zeigte Alfred Körblein vom Umweltinstitut München jetzt in einer Untersuchung. Seine Ergebnisse stimmen mit dem Anstieg der frühen Säuglingssterblichkeit in Deutschland nach den oberirdischen Atombombentests in den 50er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts überein. Während sich der Effekt von Radiocäsium im wesentlichen auf 1987 begrenzt zeigte, blieb der Strontium-Effekt bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes in 1998 nachweisbar. Insgesamt überwiegt dabei die Zahl der früh verstorbenen Säuglinge ab 1988 (Strontium-Effekt) der bis 1987 (Cäsium-Effekt) um das Zehnfache. Das steht im Widerspruch zu der Behauptung, daß der Cäsiumgehalt im Tschernobyl-Fallout mehr als 10-fach größer war als der Strontiumgehalt. So scheint es, daß die heute verwendeten Dosisfaktoren die Wirkung von Strontium auf die frühgeburtliche Sterblichkeit deutlich unterschätzen.

A. Körblein: Strontium fallout from Chernobyl and perinatal mortality in Ukraine and Belarus. *Radiats Biol Radioecol.* 2003 Mar-Apr;43(2):197-202. ●

Katastrophenplanung

Jodtabletten für Amerikaner

Polen als Vorbild

In den Vereinigten Staaten sollen in großem Umfang Kaliumjodid-Tabletten gelagert und an die Bevölkerung verteilt werden. Von den Tabletten erhofft man sich eine vorbeugende Wirkung gegen Schilddrüsenkrebs, mit dem bei der Freisetzung von radioaktivem Jod gerechnet wird,

etwa bei einem Reaktorunfall oder einem Terrorakt mit radioaktiven Stoffen. Das berichtete der Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung im Juni 2003 aus Washington.

Demnach rühre die positive Beurteilung dieses Medikamentes, das unter anderem auch in der Schweiz für solche Fälle in kantonalen Lagern bereitliegt und an die Haushalte im Umkreis bis 20 Kilometer um ein Atomkraftwerk verteilt wird, von den Erfahrungen her, die Polen nach der Reaktorkatastrophe gemacht habe. Dort hätten die Behörden 1986 Kaliumjodid-Tabletten an 10,5 Millionen Kinder und an 7 Millionen Erwachsene abgegeben. Mit dieser Maßnahme sei der polnischen Bevölkerung ein strahlungsbedingter Anstieg von Schilddrüsenkarzinomen wie in den Nachbarländern erspart geblieben. Und zwar zu einem denkbar geringen gesundheitlichen Preis: Wirklich schwere Nebenwirkungen seien nämlich nicht gemeldet worden. Lediglich bei zwei Prozent der auf diese Weise geschützten Menschen sei es zu vorübergehenden Magen-Darm-Beschwerden gekommen, bei einem Prozent zu Gesicht- und Körpererötungen. Diese Erscheinungen seien ebenso reversibel gewesen wie eine Unterfunktion der Schilddrüse, die bei 12 von insgesamt 3214 Neugeborenen beobachtet worden seien. Die für einen aussichtsreichenden Schutz der Schilddrüse als notwendig erachtete Menge des Medikamentes werde mit einer Tablette zu 130 Milligramm angesetzt.

Das Gesetz zur Lagerung großer Mengen von Kaliumjodid-Tabletten wurde 2002 im US-Kongress verabschiedet. Ein Komitee der National Academy of Sciences, das jetzt in Washington erstmals tagte, soll nun die beste Methode ermitteln, das Medikament auch der Bevölkerung rechtzeitig zukommen zu lassen. Laut Patricia Milligan von der

amerikanischen nuklearen Aufsichtsbehörde, der Nuclear Regulatory Commission, wird Kaliumjodid bisher in öffentlichen Einrichtungen wie Spitälern und Schulen gelagert, die sich in einem Radius von zwanzig Meilen um einen Reaktor befinden. Seit April

2001 sind insgesamt 18 Millionen Tabletten in 11 Gliedstaaten geliefert worden, in denen Reaktoren stehen. Der Staat Maine im Nordosten unterhalte ebenfalls ein Tablettenlager, obwohl er kein Atomkraftwerk besitzt. ●

Tagungsbericht

Tschernobyl und die DDR

Dokumentation einer Tagung an der Hochschule Magdeburg-Stendal

„In den Wochen nach der Katastrophe stapelte sich in den Läden der DDR ein bisher nie gekanntes Angebot von Obst und Gemüse. Zeitzeugen berichten über ein reichliches Angebot auch in den Kindertagesstätten. Kinder vorsichtiger Eltern lehnten den Salat ab, andere genehmigten sich doppelte Portionen. Die Bevölkerung des ehemaligen Bezirks Magdeburg war durch das Zusammentreffen der radioaktiven Spaltstoffe mit zufälligen Niederschlägen Anfang Mai 1986 besonders betroffen. Vergleichbare Kontaminationen dieser Intensität waren auf dem Gebiet Gesamtdeutschlands nur im Voralpenraum erfolgt. Schon zwei Tage nach der Katastrophe von Tschernobyl wurde in der DDR stark ansteigende Radioaktivität festgestellt. So maß Anfang Mai 1986 das Magdeburger Bezirkshygienemuseum in Wiesenkräutern bis zu 76.000 Bq/kg und in Bodenproben bis zu 40.000 Bq/kg. Aber nur ein einziges Mal standen ein paar Zahlen über die Radioaktivität nach Tschernobyl in der Zeitung: „Stabilisierung auf einem niedrigeren Niveau“. Das „Neue Deutschland“ verschwieg, dass Radioaktivitätswerte rund 1000-mal höher als üblich waren, ja sogar Anfang Mai nochmals um etwa

den Faktor 100 anstiegen. Was die Bürger der DDR nicht erfuhren, wusste die Regierung ganz genau. Ihrem Ziel, die Entwicklung des Sozialismus mit allen Mitteln, ordnete die Sozialistische Einheitspartei in der DDR alles unter: den Umgang mit der Natur genauso wie die Lebensqualität der Menschen. (...) die Umweltdaten (wurden) als Geheime Verschlusssache eingestuft und das Ministerium für Staatssicherheit beauftragt, Kritiker der Umweltpolitik und anderer Bereiche zu verfolgen und auszuschalten. Hier wurden sogar bewusst DDR-Gesetze gebrochen.“

Das berichten Joachim Schlütter, Leiter des Landesbüros Sachsen-Anhalt der Friedrich-Ebert-Stiftung und Edda Ahrberg, Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, einleitend in der jetzt erschienenen 80-seitigen Broschüre zur Dokumentation der Ergebnisse eines gemeinsamen Forums von Friedrich-Ebert-Stiftung, Greenkids Magdeburg und der Hochschule Magdeburg-Stendal am 19. April 2002. Die von Dr. rer. nat. Thomas Hartmann, Professor am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen

der Hochschule Magdeburg-Stendal und Falk Beyer von Greenkids Magdeburg organisierte Veranstaltung bot ein Forum sowohl für Befürworter als auch für Gegner der Atomtechnologie-Nutzung und hatte das Thema „Tschernobyl und die DDR: Fakten und Verschleierungen – Auswirkungen bis heute?“ Wie sich zeigt, ist das rhetorische Fragezeichen im Titel überflüssig.

Während im Westen Deutschlands die durchsickernden Informationen einen heftigen öffentlichen Diskurs auslösten und die weitestgehend überforderten oder politisch kurzgehaltenen Bundes- und Landesbehörden sich mit einer Bürger- und Selbsthilfegung konfrontiert sahen, die sich eigene Meßstationen aufbaute und systematisch Meßprogramme für Nahrungsmittel und Umweltproben durchführte, berichteten dagegen in der DDR die Medien zunächst überhaupt nicht über die Katastrophe. Dr. rer. nat. Sebastian Pflugbeil beschreibt, gestützt auf seine eigenen Erfahrungen und umfangreiches staatliches Archivmaterial, Details der Informationspolitik der DDR und die Reaktionen der Bürger und der Umweltbewegung sowie der Staatssicherheit der DDR. Pflugbeil zeigt die ungebrochene Kontinuität derjenigen Interessengruppen auf, die bis heute die tatsächlichen Geschehnisse im Reaktorblock Tschernobyl und die Folgen verschweigen oder herunterspielen. Für die Umweltgruppen und die Friedensbewegung der DDR, die meist unter dem Dach der Evangelischen Kirche aktiv waren, war Tschernobyl ein deutlicher Impuls, endlich klarer und lauter über Kernenergie zu reden. Sichtbares Ergebnis war die Studie „Pechblende - Der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen“, die 1988 erschien und von dem Autor Michael Beileites mit hohem persönlichen Risiko recherchiert wurde. Das